

werden beim Brieflag und besten Bekannten Agenten entgegen genommen, und zwar zum Voraus zahlbar...

Preise: für Deutschland (Stück per Post-Geld) Mk. 4.10...

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteht wöchentlich einmal in London. Verlag: German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Briefkasten-Regel abgeben lassen.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Des Kaisers Bescheid.

Der Riesen-Streik der westphälischen Bergarbeiter ist ein jener — wenn der Ausdruck gestattet ist — gesellschaftlichen Natur-Ereignisse, welche die Unwiderstehlichkeit der elementaren Kräfte beweisen...

Bewundernd stehen wir vor dem Schauspiel dieser Männer der Arbeit, welche langjährigem Unrecht gegenüber erklärt haben: „bis hierher und nicht weiter!“

In blöder Angst, aber rathlos, verwirrt stehen jene beschränkten Nichtswisser da, welche den Arbeiter als ein untergeordnetes Wesen betrachten, von einem Recht der Arbeit und der Arbeiter keine Ahnung haben...

Hier ist nichts Gemachtes, hier sind keine Figuren, die von politischen „Drachziehern“ oder „Aufwieglern“ am Schnitzbrett gelenkt werden, keine Opfer von „Umschülern“ und Wählern...

Der Hohenzoller'sche Musterstaat gerieth plötzlich ins Wanken. Im ersten brutalen Impuls griff er nach der Klinge, die schieft, nach dem Säbel der Haut...

Der erste Feind, an dem die reorganisirte, kartellbrüderlich vergrößerte deutsche Reichsarmee ihre neuen Gewehre probirt hat — es sind Deutsche und Arbeiter — Männer, Frauen, Kinder aus dem Volke...

Ja, hätte der „Feind“ Widerstand geleistet, hätte er wieder geschossen, das wäre noch erträglich gewesen. Allein der „Feind“, dachte nicht an Widerstand, dachte nicht an's Schießen...

Was war da zu thun? Diese 110,000 mit der halben Million Frauen und Kinder, die dazu gehören, kann man doch beim besten Willen und tadelloser „Schneidigkeit“ nicht allesamt tödtlich schießen...

Und auf Eins besann sich noch der Hohenzoller'sche Musterstaat. Er hatte dem Volk viel tausendmal vorgelogen: das Hohenzoller-Königtum ist ein Volkskönigtum — der Hohenzoller-König ist der König der Bettler — le roi des gueux...

Die Gelegenheit war gut gewählt, das kam nicht gelegnet werden; die Komödie war sehr gut vorbereitet und in Szene gesetzt — nur der Komödiant taunte nichts. Die Deputation — drei Bergleute — erschienen im königlichen Schloß zu Berlin als Gäste des Königs und Kaisers...

Das „Euch“, mit den folgenden „Ihr“, „Euer“ u. s. w. muß gemerkt werden — es ist ein Stück Zeitgeschichte und Kulturgeschichte. Es ist der patriarchalische Pfaffen- und Unteroffiziersstaat, den Friedrich Wilhelm IV. träumte...

Die Abgeordneten der Bergleute hatten bei dem „König der Armen“ einen anderen Empfang erwartet. Indes Bergleute sind an unangenehme Ueberraschungen gewöhnt — sie verzogen keine Miene und trugen kurz und schlicht ihre Sache vor...

Und nun kommt die Antwort des „Königs der Armen“ — des Königs? Nein, er ist Kaiser, der König ist ihm zu wenig, obgleich er hier nur in seiner Eigenschaft als König spricht.

Schrill, „schneidig“ tönt es aus den zusammengekniffenen Lippen: „Es ist schön von Euch, daß Ihr hilfesuchend und bittend zu Eurem Kaiser gekommen seid. Ich werde Eure Beschwerden untersuchen; und Euch dann Bescheid geben.“

Also sprach der König der Armen und der Arbeiter, der fromme Prophet des „praktischen Christenthums“. Die Worte sind nicht genau — sie werden bei der bekannten Rede Intorektheit des Redners wohl niemals genau festzustellen sein...

Die berühmte „Stredenrede“ hat ein Seitenstück und einen Kommentar gefunden. Die deutschen Arbeiter, wenn sie zu museln wagen, wie Spaten „über den Haufen zu schießen“ — das ist das Ziel, welches der „König der Armen“ — der Volkskönig, der Volkskaiser, das Haupt der Dynastie Hohenzollern sich gesetzt hat...

Voriges Jahr drei und vierzig Millionen Deutsche „auf der Strecke“. Jetzt — als Abschlagszahlung — zunächst 110,000 deutsche Arbeiter, — und dann wer weiß noch wie viele Hunderttausend „über den Haufen geschossen!“

Fürwahr, der Mann hat Talent; er kann es noch weit bringen im „Berrungeniren“ des Monarchismus im Allgemeinen und der Hohenzollerei im Besondern.

Als königstreue Unterthanen waren die Abgeordneten der Bergarbeiter in den Palast des jungen „Alten Fritz“ gekommen. Als „Reichs- und Vaterlandsfeinde“ kamen sie zurück. Den Eindruck der kaiserlich-königlichen Worte kann Jeder sich denken. So schafft man Rebellen. So zerstört man Reiche. Wen die Götter verderben wollen, den lassen sie so reden und handeln.

Nur einmal hat ein preussischer König ähnlich gesprochen: Friedrich Wilhelm IV. im Jahr 1847. Er meinte: „Ich bin ein mächtiger Herr, und wer an meiner Macht rührt, der ist verloren. Aderthhalb Jahre später nahm er den „Dut ab“ vor den Leichen der auf seinen und seines Bruders Befehl erschossenen Märzämpfer; und vier Jahre später war er anerkanntermäßen dem Jersim verfallen.

Zum Glück gilt für die Vertreter der Monarchie nicht das vestigia terront — „die Spuren schrecken mich ab“; sie sind nicht so klug, wie Keinele Fuchs, und gehen ungewarnt in's Verderben.

Vorwärts! Wir wünschen Glück!

Seit das Vorstehende geschrieben wurde, ist „des Kaisers Bescheid“ in amtlicher Lesart erschienen. Obwohl die Kräfte stellen sein äußerlich entfernt sind, mit denen der neue alte Fritz den Arbeitern imponiren zu müssen und imponiren zu können glaubte, bleibt auch der amtliche Text immer noch für dessen Auffassung von seinen und des Volkes Rechten charakteristisch genug, um von uns tiefer gehängt zu werden.

Man höre mir:

Jeder Unterthan, wenn er einen Wunsch oder eine Bitte vorbringt, hat selbstverständlich das Ohr seines Kaisers. Das habe Ich dadurch gezeigt, daß Ich der Deputation gestattet habe, hiesher zu kommen und ihre Wünsche persönlich vorzutragen. Ihr habt Euch aber ins Unrecht gesetzt, denn die Bewegung ist eine ungesetzliche, schon deshalb, weil die vierzehntägige Rindigungsfrist nicht innegehalten ist, nach deren Ablauf die Arbeiter gesetzlich berechtigt gewesen sein würden, die Arbeit einzustellen...

Drahtfischer kann die Lage von dem „Königtum“, das über den Parteien schwebt, nicht widerlegt werden als es hier geschehen, deutlicher den Arbeitern nicht klar gemacht werden, daß sie nach des Königs Ansicht eigentlich Bürger zweiter Klasse sind, die nicht das Recht haben, sich der Partei anzuschließen, zu der ihre Ueberzeugung sie treibt. Aber so werthvoll diese Feststellungen aus so „autoritativem Munde“ für uns Sozialdemokraten sind, noch viel werthvoller ist für uns das dritte, nicht ausgesprochene, aber wider den Willen des Sprechers in seinen Worten zum klaren Ausdruck gekommene Genauheits: die Furcht vor der Sozialdemokratie ist das treibende Motiv seiner Handlungen. Genau wie Bismarck haßt Wilhelm II. die Sozialdemokratie, weil er sie fürchtet. Seiner grenzenlosen Furcht ist die fabelhafte Drohung zuzuschreiben, wie sie es zugleich war, die ihm alles anbietet ließ, wenigstens einen scheinbaren Erfolg für die Bergarbeiter zustande zu bringen, auf daß dieselben nicht der Sozialdemokratie in die Arme getrieben würden.

Dieser Gedanke erfüllt die Ansprache an die Deputation der Grubenbesitzer. „Am Gotteswillen, meine Herren — die Ausbeuter haben auf das Sie Anspruch, für die Arbeiter war das, Anechten gegenüber übliche Ihr gut genug — haben Sie ein Einsehen! Machen Sie den Arbeitern einige Konzessionen, sonst laufen dieselben zu den Sozialisten über. Thun Sie mir den Gefallen und „öffnen Sie den Beutel“.“

Die Herren von der Deputation zogen ein schiefes Gesicht. „Den Beutel öffnen?“ „Und das sagt er uns, dessen erstes Geschäft, als er zur Regierung kam, darin bestand, für die Füllung seines Beutels zu sorgen? Wahrhaft allerliebste! Und Konzessionen machen, ehe die Arbeiter zu Kreuz gekrochen? Heißt das nicht die Kanaille ermuntern, bei der ersten Gelegenheit ihr freches Spiel zu wiederholen?“

Und die erste Antwort war ein ziemlich unverhülltes: Geht nicht, die Arbeiter müssen sich erst unterwerfen.

Hinterher haben sich die Herren eines Besseren besonnen, und so ist denn, wenn der Telegraph recht berichtet ist, am Montag ein Kompromiß zustande gekommen, der in der Hauptsache in der Zusicherung der achtstündigen Schicht besteht. Hoffen wir, daß er sich nicht als eine Falle erweist, als ein Mandover, die Arbeiter erst einmal wieder zum Einfahren in die Gruben zu bewegen, um alsdann, wenn die große Bewegung zum Stillstand gebracht ist, die einzelnen Belegschaften um so bequemer hinter's Licht führen zu können.

Einstweilen ist der Ausgang des Streiks ein moralischer Sieg der Arbeiter. Und sie verdanken ihn, neben ihrer bewundernswürdigen Einigkeit und Disziplin, der Furcht der Herrschenden vor der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist der getrene Eckardt der Arbeiterklasse. Sie steht den Arbeitern bei in jeder Bedrängnis; immer hilfsbereit, ohne jeden selbstsüchtigen Hintergedanken, bildet sie selbst für diejenigen unter ihnen einen Rückhalt, die sich bisher nicht um sie gekümmert. Sie kennt keine andern Interessen als die der Arbeiter. Anders die Parteien der Herrschenden. Sie geben den Arbeitern nur, um ihnen zu nehmen, sie helfen ihnen nur, um sich vor ihnen zu helfen.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist das böse Gewissen des Klassen- und Ausbeuterstaats. Bestände sie nicht, so würde man die Bergarbeiter wie in früheren Jahren ohne Gnade und Erbarmen zusammengetrieben, über den Haufen geschossen haben. Kein Mensch hätte daran gedacht, die Gerechtigkeit ihrer Forderungen zu untersuchen. Wie in den Augen der Grubenbesitzer, so wären sie auch in den Augen der Behörden, „Rebellen“ gewesen und als solche behandelt worden. Im ersten Augenblick wurde auch instinktiv danach gehandelt. Schon ward mit Flinten auf die Brüste

der Arbeiter gezielt, da erscheint auf der Bildfläche das rote Gespenst — die Sozialdemokratie — und sofort ändert sich die Szene: man knüpft Verhandlungen mit den Arbeitern an, man untersucht ihre Beschwerden, man findet sie zum Theil gerechtfertigt, man vermittelt, man bringt einen Kompromiß zustande.

Alles Dank der heilsamen Furcht vor der Sozialdemokratie!

Zur internationalen Arbeiterschulungskonferenz der Regierungen.

I.

Wir haben es bisher unterlassen, auf das Rundschreiben näher einzugehen, welches der Schweizerische Bundesrath im März dieses Jahres an die verschiedenen Regierungen hat ergoßen lassen, und in dem er dieselben einladet, sich an einer gemeinsamen Besprechung über die Zweckmäßigkeit und Durchführung internationaler Maßregeln zum Schutz der Arbeiter und behufs Regelung der Produktion zu beteiligen. Angesichts der Thatsache aber, daß eine Reihe von Staaten unbedingt, andere bis jetzt wenigstens bedingt der Einladung zugestimmt haben, daß somit die Konferenz bereits fest gesichert ist, tritt die Pflicht an uns heran, dieser Sache unsere volle Aufmerksamkeit zu widmen. Und zwar schon jetzt, da der auf Mitte Juli nach Paris einberufene internationale Arbeitertag eine ähnliche Tagesordnung hat, und es uns ganz undenkbar erscheint, daß in seinen Verhandlungen nicht auf den Kongreß der Regierungen Bezug genommen werden sollte.

Unzweifelhaft dürfte es angemessen sein, das Rundschreiben des Schweizerischen Bundesrathes selbst abdruckten, und zwar im Hinblick auf seine prinzipielle Bedeutung seinem vollen Wortlaut nach.

Dasselbe lautet:

Als der Schweizerische Bundesrath im Jahre 1881 bei den hohen Regierungen einiger der hervorragendsten Industriestaaten durch seine diplomatischen Vertretungen hatte Erkundigungen einziehen lassen, ob Geneigtheit vorhanden wäre, zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend die Arbeit in den Fabriken Hand zu bieten, konnte er den eingegangenen Antworten entnehmen, daß über den Gegenstand ziemlich divergirende Anschauungen herrschten. Während von der einen Seite auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, welche der Ausräumung entgegenständen, wurde von der anderen gewünscht, es möchten zunächst die in einer Vereinbarung sich ergebenden Punkte in einem Programm präzisirt werden, von dessen Prüfung die weitere Entscheidung abhängig wäre.

Wenn der Schweizerische Bundesrath damals der Angelegenheit für einstweilen keine weitere Folge geben zu sollen glaubte, so haben sich im Verlaufe der seither verstrichenen acht Jahre die Verhältnisse ungewisslich günstiger gestaltet. Mehrere Staaten haben inzwischen über die Industriearbeit Gesetze erlassen, andere bereiten solche vor; verschiedene gesetzgebende Körper befassen sich mit einschlägigen Vorlagen und haben auch speziell die Frage internationaler Abmachungen über den Gegenstand schon zur Erörterung gebracht. Diese Frage ist ferner in der Literatur einlässlich behandelt worden, und im öffentlichen Leben wendet sich ihr ein wachsendes Interesse zu, welches viele der früheren Bedenken beseitigt zu haben scheint. Wichtige Umgebungen haben stattgefunden, von denen nur eine der neuesten, die Beschlüsse des VI. internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie zu Wien im Jahre 1887, erwähnt sein möge. Ueberall haben sich die Produktions- und Arbeiterverhältnisse, wie wohl nicht zu verkennen ist, so gestaltet, daß jener Frage wirklich eine aktuelle Bedeutung zukommen dürfte.

Der Schweizerische Bundesrath glaubt daher nicht inopportun zu handeln, wenn er bei den hohen Regierungen den Gegenstand neuerdings anregt, und zwar, wie es die nun besser abgeklärten Verhältnisse erlauben, in bestimmterer Form, wodurch die schon früher geltend gemachten Wünsche einzelner der hohen Regierungen Berücksichtigung finden.

Nach der Auffassung des Schweizerischen Bundesrathes würde es sich nicht darum handeln, internationale Vereinbarungen einzig im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien in Aussicht zu nehmen — die allgemein gebräuchliche Bezeichnung „internationaler Arbeiterschutzeschutz“ muß wohl auch hinsichtlich des Ausdrucks „Schutz“ als eine nicht ganz zutreffende angesehen werden — sondern es scheinen ihm zwei Momente ins Gewicht zu fallen, einerseits eine gewisse Regelung der industriellen Produktion, andererseits die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse.

In ersterer Hinsicht möge darauf hingewiesen werden, daß internationale Staatsverträge vielen als das erfolgreichste Mittel erscheinen, um eine Verminderung der über den Verbrauch hinausgehenden Waarenproduktion und der von ihr verursachten Uebel zu erzielen und die gegenseitigen Produktionsverhältnisse in natürliche und rationelle Schranken zurückzuführen.

Mit der Erörterung dieses einen Zieles hängt aber wohl diejenige des andern, die Lage der Arbeiter besser zu gestalten, zusammen, denn die nationale Gesetzgebung kann in ihrer Obliegenheit für die Arbeiterfamilien nur bis zu einer gewissen Grenze gehen. Daß es aber dringend geboten sei, die wirksame Thätigkeit des Staates auch in dieser Richtung zu entfalten, beweisen die bereits bestehenden, zum Theil vor vielen Decennien schon erlassenen Gesetze zahlreicher Länder, sowie die schlimmen Resultate, welche aus den mannichfaltigsten auf diesem Gebiete vorgenommenen hygienischen, statistischen und sozial-wissenschaftlichen Untersuchungen sich ergeben haben. Es wird als ein Gebot der Humanität sowohl als der Sorge für die durch Degeneration großer Bevölkerungsklassen geschwächte Wehrkraft der Staaten bezeichnet, den Zustand der Dinge nicht fortbestehen zu lassen.

Allerdings werden sich die angzustrebenden Fortschritte nicht auf einmal verwirklichen lassen, sondern es kann sich ungewisslich nur darum handeln, die zunächst erreichbaren zu verfolgen. In diesem Sinne möchten als mit Erfolg von einem Staatenverband zu regulierende Gebiete vor allem angesehen werden: die industrielle Sonntagsarbeit, die industrielle Kinder- und Frauenarbeit, insofern als durch eine allzu intensive und allzu frühzeitige Ausübung, durch eine den Gesetzen der Natur und der Sitte zuwiderlaufende Verwendung der Arbeitskräfte die Familie physischer oder moralischer Depressation entgegengeführt und gerettet wird.

Die Art und Weise des Vorgehens dürfte nach der Ansicht des Schweizerischen Bundesrathes darin bestehen, daß sich zunächst eine kleine diplomatische Charakter tragende Konferenz von Delegirten der verschiedenen Staaten versammelt, um auf Grund eines Programmes die Frage zu berathen und diejenigen Punkte festzusetzen, deren Ausführung durch internationale Uebereinkommen den hohen Regierungen als wünschbar zu bezeichnen wäre. Als Programmpunkte erlaubt sich der Schweizerische Bundesrath, im Sinne der vorstehenden Ausführungen und in Hinsicht auf die bereits bestehende Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten unmaßgeblich folgende vorzuschlagen: 1. Verbot der Sonntagsarbeit; 2. Festsetzung eines Minimal-Alters für die Zulassung von Kindern in Fabriken und Betrieben; 3. Festsetzung eines Minimal-Alters für jugendliche Arbeiter; 4. Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen in besonders gesundheitsgefährlichen und gefährlichen Betrieben; 5. Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche und weibliche Personen; 6. Art und Weise der Ausführung allfälliger abgeschlossener Verträge.

Wenn sich die Konferenz über diese Punkte oder einzelne derselben geeinigt hätte, so würden die Resultate den hohen Regierungen als unverbindliche Vorschläge zu unterbreiten sein. In dem Falle, daß der einen oder anderen der hohen Regierungen nur ein Theil dieser Vorschläge genehm wäre, könnten besondere internationale Uebereinkommen betreffend einzelne Fragen zwischen den

jenigen Staaten in Aussicht genommen werden, welche hinsichtlich deren Erfüllung übereinstimmen. Die Berechtigungen würden nicht den Sinn haben, die nationalen Gesetze zur Seite zu lassen, sondern die kontrahirenden Theile verpflichten, in ihrer heimischen Gesetzgebung gewisse Minimalforderungen durchzuführen; denjenigen Staaten, welche weiter gehen wollten, bliebe dies selbstverständlich unbenommen, wie denn auch die Schweiz ihr Fabrikgesetzgebung, welche sich in den zwölf Jahren ihres Bestehens vollständig eingelebt hat, nicht abzuschwächen, sondern weiter zu entwickeln gedenkt. Für Staaten, deren Gesetzgebung jene Minimalforderungen zur Zeit noch nicht erfüllt, wäre wohl ein eventuellem Beitritt zu einem internationalen Uebereinkommen eine angemessene Uebergangszeit zu stipuliren. Die Festsetzung der Staatsverträge selbst würde späteren Konferenzen der einzelnen hierzu geneigten Staaten vorbehalten sein.

Eine Replik.

In früheren Jahrhunderten hat man christlichseits die Leute, welche andere Meinungen bekannnten als die der maßgebenden Priesterchaft, Ketzer genannt. Heute nennt man die Leute, welche nicht ganz der Meinung der Redaktion sind, Philister. Warum nun aber die Philister immer als im Unrecht hingestellt werden, sehe ich nicht gerade ein. Ich bin zwar ein großer Verehrer der Journalisten, aber doch kann ich mir denken, daß sie ihren Feinden, die Philister, gegenüber nicht immer Recht gehabt haben. Ein Irrthum, das vielleicht auch heutzutage seine Anwendung finden kann. Wir wollen dies jedoch dahingestellt sein lassen.

Es scheint, daß mehrere Geistes, nachdem sie meinen Artikel gelesen, Erwiderungen darauf angefertigt haben. Merkwürdigerweise sind sie jedoch mit der Erfüllung derselben zurückgeblieben. Die natürliche Annahme wäre, daß sie sich nicht in Stande fühlten, die Argumente des Artikels zu widerlegen. Nun aber weiß die Redaktion Rath. Als Rede findet sie, daß ihnen

„nachdem sie die Ba'schen Artikel vollständig gelesen, die Uebersetzung gekommen ist, daß es sich gar nicht lohre, gegen ihn die Feder zu führen, daß die Ba'schen Ausführungen und Argumentationen sich selbst widerlegen.“

Hi, liebe Freunde, eine heaeme Rede. Keinhilich haben die frommen Engländer gesprochen, es Darwin sein „Descent of Man“ veröffentlicht. Es hieß, eine Widerlegung dieses Buches sei nicht möglich. Darwin widerlegt sich selber. Wenn ich so etwas höre, muß ich mit Gerechtigkeit antworten: „ungefähr hat das der Pfarrrer auch“, aber in diesem Falle nicht einmal mit „en Bischen anderen Worten.“ Vom Genossen Bebel sage ich Nichts. Ich weiß wohl, daß eine gewisse „würdige Jurisprudenz“ zu der Stellung eines Parteiführers gehört. Ein höherer Offizier darf sich nicht in jedem Gesicht bloßstellen. Ich selbst wäre frohlos gewesen, wenn ich nur im Mindesten dazu beigetragen hätte, seinen wohlverdienten Ruhm zu trüben, sei es auch nur durch einen Vortheil über ihn in dieser gewissermaßen untergeordneten Frage.

Die Redaktion beschuldigt mich, daß wenn ich das weibliche Geschlecht als einen privilegierten Stand bezeichne, ich nur einige Gesetze zum Schutze der Frauen ins Feld führe. Dies ist thatsächlich nicht wahr. Diese Gesetze habe ich zwar angeführt, aber nur beispielsweise. Wollen wir die Sache kurz zusammenfassen: 1) Nach der heutigen Gesetzgebung ist der Mann verpflichtet, einen Theil seines Verdienstes der Frau abzutreten, sie zu unterhalten, und kann die Frau ihn durch die Staatsgewalt dazu zwingen. Die Frau hingegen ist nicht einmal in einem Krankheitsfall verpflichtet, den Mann zu unterstützen. In derelben Weise wurde auch der Leibeigene im Mittelalter dazu angehalten, seinen Herrn zu erhalten. 2) In allen Zeiten ist die Befreiung von schimpflichen Strafen, speziell der Tortur, das Kennzeichen einer privilegierten Klasse gewesen. In Rom, in Athen, überall ist der freie Bürger davon verschont geblieben. Selbst Romulus führt in seiner römischen Geschichte als Beleg für die Behauptung, daß bei den alten Galliern die Frauen eine sehr untergeordnete Stellung einnahmen, an, daß nur sie allein das Recht unterworfen zu sein, und was haben wir in der heutigen Gesetzgebung? Gerade das Gegentheil. Während beim Manne die härtesten und brutalsten Strafen angewendet werden dürfen, sind die Frauen davon befreit. Dies gilt namentlich in England, wo die „Kette“ noch eine so große Rolle spielt. Dort bekommt ein Mann, der sich nur gegen die Gesetzmäßigkeit vergangen, die Kette zu fühlen, eine Frau hingegen, welche ihr eigenes Kind mit giftigem Gien gemartert hat, bleibt von allen schweren Strafen verschont. 3) In England, Amerika und Frankreich bleiben die Frauen überhaupt fast aller Strafen entzogen, namentlich wenn das Objekt des Verbrechens ein Mann ist. In Frankreich darf eine Frau ungestraft mit Schwefelöl begießen, wen sie will, wie sich in einer großen Menge von Fällen vor den Gerichten in den letzten Jahrzehnten herausgestellt hat. In England darf eine Frau ihren Mann vergiften mit der fast unfehlbaren Sicherheit, freigesprochen zu werden. In Amerika ist es, wie aus den amerikanischen Blättern zu entnehmen, Sitte, daß die Frauen ihre Liebhaber, mit denen sie sich gezannt haben, mit dem Revolver absetzen — und man nennt das Weib ein unterdrücktes Weib! Ich möchte der Redaktion empfehlen, die englischen Gerichtsfälle zu studiren, um zu sehen, wie es dem armen Arbeiter ergeht, der eine schlechte Frau hat, wenn er den heiligen Körper des ewig Weiblichen antastet.

Daß die Redaktion über die meisten meiner Argumente mit Still-schweigen hinweggeht, will ich unerörtert lassen, kann aber nicht umhin zu bemerken, daß fast der ganze Artikel auf die Annahme begründet ist, die ich schon widerlegt habe: daß die Stellung der Frau dem Manne gegenüber relativ gleich sei der Stellung der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten. Wahr ist es, daß die Frau bis auf heute meistens von der Gesetzgebung ausgeschlossen ist, aber in Anbetracht der oben bemerkten Vorzüge sollte man meinen, daß sie wohl einen Antheil an der Gesetzgebung entbehren könnte. Uebrigens ist es nicht wahr, daß die Frau heutzutage von höheren Verufen ausgeschlossen wird. Ich weiß keinen Verufen, dem eine englische oder amerikanische Frau sich nicht widmen dürfte.

Die Redaktion wirft mir vor, daß ich die historischen und psychologischen Momente zu sehr vernachlässigt habe, aber meine Argumente knüpfen eben an das Buch von Bebel an, der seinerseits, wie ich behaupte, diese Momente zu sehr außer Acht gelassen hat; und so fand ich nur nöthig, den dort vorhandenen Stoff zu behandeln. Zwar gibt Bebel in einem Kapitel eine meiner Ansicht nach einseitige, historische Darstellung, aber er vertritt diesen Standpunkt alsbald mit dem der sentimentalischen Ergüsse. Ein Beispiel nur. Was soll man sagen zu der Gleichstellung der Leiden und des Todes einer Frau im Kindbett bei der häuslichen Bequemlichkeit, und der Leiden bei den Strapazen, Bewindungen und dem Tode eines Mannes auf dem Schlachtfeld? Zum Schluß will ich nur noch bemerken, daß ich nur darum als Philister beschimpft worden bin, weil ich der „konventionellen Klage“ des modernen Liberalismus entgegengetreten bin — dem frechen Schwundel des Frauenrechtthums — wonach auch selbst heutzutage die Frauen ein unterdrücktes Geschlecht seien. Schimpfworte und bequeme Wendungen, wie zum Beispiel für Leute, die sich sonst nicht zu helfen wissen, daß die Argumente keiner Widerlegung bedürfen, schaffen aber die Sache nicht aus der Welt. Wie schon gesagt, bin ich gern bereit, die Gleichstellung der Geschlechter in einer sozialistischen Gesellschaft zu erstreben, aber ich halte es für keine ungerechte Forderung, als ersten Schritt die Abschaffung der heutigen Privilegien der Frau zu verlangen. Ich bin also für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der zukünftigen Gesellschaft. Bebel und seine Anhänger im Frauenkultus hingegen befürworten, gerade wie die Bourgeoisie-Frauenrechtler, die Bevorzugung der Frau — wenigstens dem Anschein nach!

E. Belfort Bay.

„Denn das ist das charakteristische Kennzeichen des Philisters, daß er über den kleinlichen Nebenrechnungen den Blick und das Verständnis für das Befehlende, das große Ganze, vollständig verliert.“ „Sozialdemokrat“ Nr. 17 „Das Philistertum in der Frauenfrage.“

Red. des „S.D.“

*) Abstammung des Menschen.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 22. Mai 1889.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages veröffentlichen den nachstehenden Aufruf:

Arbeiter Deutschlands! Am 14. Juli dieses Jahres findet in Paris ein von den sozialdemokratischen Fraktionen Frankreichs berufenes internationaler Arbeitertag statt, welcher sich mit allen Fragen der Arbeiterschutzeschutzgebung und den Mitteln zu ihrer Verwirklichung beschäftigen soll.

Wenige Wochen nach diesem Kongreß treten auf Einladung des Schweizer Bundesrathes die Vertreter der Regierungen der meisten Industriestaaten der Welt zu einer Konferenz in Bern zusammen, welche sich mit den gleichen Fragen beschäftigen wird.

Es ist also doppelt wünschenswerth, daß die Arbeiterklasse aller Länder die Forderungen, welche sie an Staat und herrschende Klassen zu stellen hat, klar formulirt und sich über dieselbe einigt.

Arbeiter Deutschlands! Wir fordern Euch auf, diesen internationalen Arbeitertag durch zahlreiche Vertreter aus Eurer Mitte zu besenden.

Angesichts der in Deutschland aus den Vereins- und Versammlungsgesetzen, wie aus dem Sozialistengesetz sich ergebenden Schwierigkeiten, entzieht die Frage: wie soll Ihr Euch vertreten lassen!

Bestehende Verbindungen, Fach-, Gewerkschaftsvereine und so weiter laufen Gefahr, auf Grund dieser Gesetze aufgelöst zu werden, falls sie die Abwesenheit eines Vertreters beschließen. Es dürfte sich also unter diesen Umständen empfehlen, die Wahl dieser Vertreter durch Versammlungen von Fachgenossen oder durch allgemeine Arbeiter-Versammlungen vorzunehmen zu lassen.

Werden auch diese Versammlungen aus irgend einem Grunde unmöglich, dann empfehlen wir, daß eine kleinere Anzahl von Fach- oder Gesinnungsgenossen sich über eine in weiteren Arbeiterkreisen mit Vertrauen betraugte Person verständigen und durch Sammlung von Unterschriften diese zu einem Vertreter ernennen lassen. Der französische Sprache braucht der Erwählte nicht mächtig zu sein, die Reden werden auf dem Kongreß in die Hauptsprachen übersezt.

Auf die Zahl der Unterschriften kommt es nicht an, aber je größer dieselbe ist, um so besser.

Werden die Vertreter in Versammlungen gewählt, dann hat das Bureau derselben das Mandat auszustellen, und es muß die Zahl der anwesenden Wähler angegeben werden.

Die so ausgestellten Mandate wird der internationale Kongreß mit Berücksichtigung der Ausnahmestände in Deutschland als gültig anerkennen.

Die aufzubewahrenden Mittel zur Besichtigung des Kongresses sind nicht gering. Auf eine 10—12tägige Abwesenheit, einschließlich Reise, muß der Vertreter sicher rechnen. Außerdem ist zu beachten, daß der Unterhalt in Paris infolge der Weltausstellung in diesem Sommer besonders theuer ist.

Dessen ungeachtet ist es sehr wünschenswerth, daß gerade die deutschen Arbeiter zeigen, wie kein Hinderniß sie zurückschreckt, ihrem Sozialbroschürengefühl und ihrem Eintreten für die gemeinsame Sache der Arbeiter aller Länder, durch Abtendung zahlreicher Vertreter nach Paris Ausdruck zu geben.

Arbeiter Deutschlands! beachtet dies und handelt danach! Die gewählten Vertreter werden gebeten, sich an die untenzeichneten A. Bebel, Dresden-Blauen oder B. Niebuhr, Leipzig-Dorndorf zu wenden, um nähere Auskunft über die wünschenswerthen Kosten des Aufenthalts in Paris, die zweckmäßigste Reiseroute etc. zu erhalten.

Vertreter, welche auf der Rückreise Schlaf-Verkehrsmittel besitzen, müssen sich einen Paß beschaffen, der vor Antritt der Rückreise mit einem Bisum der deutschen Gesandtschaft in Paris versehen werden muß.

Berlin, den 18. Mai 1889.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages:

Bebel, Dietz, Frohme, Grillenberger, Harm, Kuhn, Niebuhr, Meister, Sabor, Schumacher, Singer.

Die dritte Lesung des Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzes hat am 18. Mai begonnen. Sozialistischerseits begründete Singer die ablehnende Haltung unserer Partei, nachdem alle von ihr beantragten Verbesserungen des Gesetzes, der Berufung, es seiner reaktionären Bestimmungen zu entkleiden, an der Verhinderung und dem Klassenegoismus der Majorität gescheitert. Bismarck hielt eine seiner gewohnten Staatsreden — halb brutal-unverschämte, halb jämmerlich-kriechend. Er winkte seine junkerlichen Freunde an, doch ja ihre „Bedenken“ stellen zu lassen und das Gesetz so anzunehmen, wie es vorliegt, es sei ja gar nicht so schlimm, wie sie sich vorstellen, kein wirklicher, sondern nur Schwundel-Sozialismus und im Uebrigen vortrefflich geeignet, die Arbeiter doppelt und dreifach im Jaum zu halten.

Ob dies Argument, dessen Wichtigkeit wir nicht bestreiten, zichen wird, werden die nächsten Tage zeigen. Unter den beschädlichen preussischen Junkern gibt es viele, die nun einmal selbst das bloße Kompliment an die „Tugend“ für gefährlich halten. Die abernen Redensarten, mit denen Bismarck die Abstimmung unserer Partei zu verdächtigen suchte, sind zu abgenutzt, als daß sie irgend welchen Effekt machen könnten. Unsere Genossen im Reichstag wissen sich in ihrer Stellung zum Gesetz mit der Klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands einig, und lassen sich damit weder durch Drohungen, noch durch Süßholzreden bezogen. Artikel beirren.

Das Letztere mag sich die „Frankf. Zig.“ gesagt sein lassen, die mit einer Motivierung, die an die schlimmsten Leistungen des National-liberalismus erinnert, dafür eintritt, das Gesetz mit all seinen reaktionären, ungerechten, arbeitserfindlichen Bestimmungen, mit seiner, wie es selbst ungeheuerlich schreiend ungerechten Behandlung der freien Hilfsklassen, anzunehmen!

„Was ist also,“ schreibt das demokratische Blatt, „noch übrig geblieben, das den aufrichtigen Arbeitertum trotz Allem verhindert, sich auf die Seite Derjenigen zu stellen, welche hinter dem Verlangen nach Vertagung den Wunsch verdecken, die ganze Bevölkerung zum Scheitern zu bringen? Es ist zunächst der Riesengedanke einer Versorgung von zwölf Millionen deutscher Arbeiter für Fälle der schlimmsten Noth durch Versicherungsleistungen, deren Gewährung rechtlich erzwingbar, nicht dem Belieben der einzelnen Armenverwaltung anheim gegeben ist, und deren Gewährung nicht von der vielleicht weit entfernten und kaum erreichbaren Reichthums-Gemeinde des Hülflosen abhängt, sondern die sofort zu verlangen ist von der zuständigen Versicherungs-Anstalt des letzten Aufenthaltsortes. Will man dies bloß eine Reform des Armenrechts nennen — gut. Aber es bleibt deshalb doch nicht weniger eine Reform, wenn auch nicht die Krönung der Sozialreform, die auf ganz anderen Gebieten gesucht werden muß. Die Niedrigkeit der geplanten Renten ist unbestreitbar. Aber das Volk dürfte, da alle Verhandlungen darüber im gegenwärtigen Reichstage nur zur Verjährlichung der Renten führten, in der Folge schon selbst dafür sorgen, daß die Versicherungsleistungen wirklichen Pensionen immer ähnlicher werden; darum ist uns nicht bang. Der Versicherungszwang, in so großartigem Maßstabe angewendet, ist die nachdrücklichste Bekräftigung aller sozialen Beschwerden, die das Volk wirtschaftlich drücken. Zur Realisirung jeder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, welche die Erläuterung einer höheren Lebenshaltung zum Ziele hat, braucht es bloß eines Hinweises auf das Dasein der staatlichen Altersversorgung, darauf, daß es amlich anerkannt ist, der Arbeiter könne aus eigenem Verdienst nicht für die schlimmsten Zeiten im Leben sorgen, um alle Gegengründe zum Schweigen zu bringen. Der Reichstags-Vorschlag, der im Beharrungszustande jene vielen Millionen erreichen soll, vor denen sich gewisse Leute entsetzen, predigt tonter als die glänzendsten Reden das moderne Evangelium von der sozialen Staatsfürsorge, die es wenigstens nicht zum äußersten Fleck kommen läßt und auf Kosten der Allgemeinheit mindestens jenen grenzenlosen Verberitterung der unteren Volksklassen fernhält, die früheren Evolutionen in der Geschichte der aufsteigenden Klassen so blutige Flecken angehängt hat. Eine Solidarität der unteren Schichten in Stadt und Land, eine Quelle der wichtigsten zahlenmäßigen Informationen über die Arbeiterklasse da und dort wird

durch das neue Gesetz geschaffen werden, wie wir sie bis jetzt noch nicht hatten."

Hunderschön, in der That. Genau so haben die Nationalliberalen die Volkrechte eines noch dem andern preisgegeben, nur um die „Miesgebanten“ der Reichsverei, der Justizreform u. s. w. zustande zu bringen, es war ihnen auch „gar nicht bange“, daß das Volk alle die Mängel derselben später verbessern werde. Niemand hat die verlegene Phrase schärfer kritisiert als die „Frankfurter Zig.“, Niemand überzeugender nachgewiesen, daß es mit dem späteren Aufbessern eines im Prinzip verfaulenden Gesetzes, solange man nicht die Gewalt in der Hand hat, eine sehr vertrackte Sache.

Jetzt plötzlich soll das anders sein. Jetzt soll der „aufrechten Arbeiterfreund“ um eines Petitionsmoments willen einem Gesetz zustimmen, das ein offenkundiges und absichtliches Attentat ist auf die freien Klassen und damit die Bewegungsfreiheit der Arbeiter. Es folgt um eher rein fittigen Anerkennung jeder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ die tatsächliche Vorbedingung der Ausübung derselben preisgeben. Eine solche „Arbeiterfreundschaft“! Die Arbeiter bedanken sich dafür.

Es zeigt sich hier so recht deutlich der Gegensatz zwischen dem proletarischen Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt, und dem bürgerlichen Sozialismus, der in der „Frankf. Zig.“ — wie wir angesehen — oft mit großem Geschick propagiert wird. Mag er sich noch so demokratisch drapieren, am Ende zeigt der letztere doch immer noch seinen echt konservativen, auf die Erhaltung der bestehenden Gesellschaft gerichteten Charakter. Das Preisgeben des Gesetzes, weil es „mindestens die grenzenlose Verbitterung der unteren Volksklassen fernhält“, ist in dieser Hinsicht höchst bezeichnend. Wer die heutige Ausbeuterwirtschaft erhalten will, für den mag eine solche Wirkung des Gesetzes entscheidend sein, wer aber die Befreiung der Arbeiter vom Joch der Kapitalherrschaft, die volle Emanzipation der Arbeiterklasse erstrebt, der wird in erster Reihe darnach fragen, in wie fern ist das Gesetz geeignet, die Arbeiterklasse wirklich zu befreien, und von der Antwort hierauf seine Stellungnahme abhängig machen. Dem Arbeiter aber bloß mit der bestehenden Ausbeuterordnung auszuföhnen, das ist nicht Sache des Arbeiters, das ist die des Ausbeuterfreundes.

— Was wir in unserem Leitartikel befürchtend andeuteten, daß die westphälischen Vergleiche unglücklicherweise in eine Falle gegangen, gewinnt nach den jetzt vorliegenden genaueren Berichten über das Ende des Streiks leider große Wahrscheinlichkeit. Der prinzipiell wichtigste Punkt ihrer Forderungen: die Anerkennung eines von der Gesamtheit der Belegschaften zu wählenden Ausschusses von Vertrauensmännern als Vertretung der Arbeiter ist von den Herren Unternehmern abgelehnt worden mit der Motivierung, der Ausschuss „erledige“ sich dadurch, daß die Grundbesitzerungen verpfänden, wegen Ueberfälligkeiten in Zukunft mit den Belegschaften zu verhandeln. Trotz aller Erfahrungen, was von solchen Versprechungen zu halten, und wie sie gehalten werden, haben die Streikenden sich bewegen lassen, auf die ursprüngliche mit so großem Nachdruck gestellte Forderung zu verzichten, und sich damit getrostet: wenn die Versprechungen nicht gehalten werden, wird von Neuem gestreikt. Statt das Eigen zu schützen, solange es warm, gibt man den Unternehmern Zeit, das „Theile und herrsche“ ins Werk zu setzen. Schon jetzt tanzen überall faule Brüder auf, die unter der Maske der Friedens-Apostel die Desorganisation betreiben.

Es wird ein falsches Spiel mit den Arbeitern getrieben. Mögen sie des Spruches eingedenk sein: Trau, schau, wem?

— Von welchem Kaliber die Herren Beamten sind, die auf den Jochen das große Wort führen, zeigt folgende Notiz des „Westphäl. Merkur“. Diese Herren Jochenbeamten“, schreibt das konservativ-ultramontane Blatt, „bilden sich einfach ein, die im Interesse der öffentlichen Ruhe entsandenen Truppen ständen lediglich in ihrem Dienste, wenn es ihnen beliebt, dieselben antreten zu lassen, blauen sie ins Fernschreien und ärgern sich gar noch, wenn statt der verlangten Kompagnie nur ein Zug erscheint, um ihnen keine Antwort zu machen. Von 10 dringenden Depeschen um militärische Hilfe sind in die 9 gang unbenutzt, und schlüssend über den überängstlichen Direktor stehen die gehetzten Soldaten wieder ab.“ Als Beispiel der Ammassung der Jochenbeamten berichtet der „Westphälische Merkur“ aus Hörde, daß nach der Jech „Karoline“ bei Holzwickede eine Kompagnie Militär bei Tagesanbruch abmarschierte in Folge erster Aufforderung des Grundbesitzers. Die Kompagnie traf 7/8 Uhr früh vor der Jech ein und fand alles in größter Ruhe, nicht einmal der Herr Direktor war zu sehen. Dieser schloß den Schlaf des Sorgenlosen, während eine Kompagnie Soldaten zu seinem Schutze anrückte! Raschlich ließ der Hauptmann sich melden, mühte aber bis 5 Uhr zu warten, also volle 7/8 Stunden, bis es dem Herrn Jochenbeamten gefiel, sich zu zeigen und Auskunft zu geben, wozu er das Militär gerufen. Der Herr Hauptmann machte ihm deshalb Vorstellungen, die Antwort war, das Militär sei erst für 5 Uhr verlangt worden! Nun fragen wir aber“, so schließt der „Westphälische Merkur“, „ist das nicht offenkundiger Mißbrauch? Wenn der Herr Direktor von 4—5 Uhr so ruhig schlief konnte, wozu bedurfte er denn um 5 Uhr des Militärs! Daß dieses dann wieder abzog, ohne etwas Verdächtiges gesehen zu haben, brauchen wir wohl nicht zu verübeln.“

Man kann die Unverschämtheit dieser modernen Skandalblätter nicht scharf genug beurtheilen, aber scharflich würden sie es so arg treiben, wenn nicht auf der andern Seite in der Regel so große Bereitwilligkeit vorläge, den Verus des Militärs, die (Ausbeuter-) Ordnung zu schützen, bei der ersten besten Gelegenheit zu dokumentieren, wenn nicht die Nachfrage sehr oft die Folge wäre von vorhergegangenen Angeboten. Bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit hat sich die Staatsgewalt noch immer auf Seiten des Kapitals gestellt, sehr oft ungerecht, ist es da ein Wunder, wenn diesem und seinen Satrapen der Stamm schwilt?

— Zur Landuberei in Deutschland. Wir sind in der Lage, den Rassen des Sabelhelms zu berichten, der in Böhmen ohne jede Veranlassung auf die wehrlose Menge feuern ließ. Der Buride heißt Fechner und ist 19 Jahre alt. Als einem halbreifen Buben, der von der Welt absolut nichts erfahren, keine Spur von Menschenkenntnis besitzen kann, wird die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen, inmitten einer erregten Bevölkerung die Ordnung aufrecht zu erhalten. Da es in der That kein Wunder, daß solches Resultat erzielt wurde. Ohne den erwähnten Fechner von den durch ihn verschuldeten Norden freizusprechen, müssen wir doch den Haupttheil der Verantwortung denjenigen zumessen, die ihm einen Posten übertragen, dem er augenfällig in keiner Weise gewachsen war. Das ganze System, als dessen Produkt sich dieser neunzehnjährige Kleinsten Fechner darstellt, die Erziehung in der Kadettenanstalt, unter gesellschaftlicher Fernhaltung vom bürgerlichen Leben, ist für die schändlichen Morde verantwortlich zu machen.

Und dieses infame System wird immer noch mehr um sich greifen in einer Zeit, wo Deutschland unter dem Zeichen des Lausbuben thums steht, wo die halbreifen, dummen Jungen den Ton angeben. Der geduldige Reichspolizist wird noch sein blaues Wunder erleben.

— Daß Organe der Sozialdemokratie wider einander polemisieren, ist schon oft dagewesen und wird noch oft vorkommen. Es ist weder zu erwarten, noch auch nur zu wünschen, daß die Bewegung einen so uniformen Charakter annimmt, daß jede Polemik innerhalb derselben ausbleibt. Das hieße ihr geistiger, je nachdem ihr in oralklicher Tod. Das Unterdrücken, das Todschweigen gewichtiger Differenzen „um des lieben Friedens willen“ hat sich in gar manchen Fällen weit verdrücker gezeigt, zu viel schlimmeren Konsequenzen geführt, als das offene Aussprechen, das vielmehr meist schon die halbe Heilung ist, während der künstlich erhaltene „liebe“ Friede gewöhnlich ein sehr fauler Friede ist. Wir wenigstens haben fast regelmäßig, wenn wir uns verlesen liehen, um des „lieben Friedens“ willen eine Polemik zu unterdrücken, hinterher und überzeugt, daß es im Interesse der Sache besser gewesen wäre, derselben freien Lauf zu lassen.

Andererseits darf man aber von Sozialisten, wenn sie gegeneinander polemisieren, verlangen, daß sie dabei das gemeinsame Ziel, die Interessen des großen Ganzen nicht außer Augen, nicht unter dem Streit leiden lassen, und weiter, daß sie in ihrer Polemik loyal verfahren und alle die erbärmlichen Kränze und Winkelzüge verschmähen, welche wir an der konstanten Bourgeoispreffe mit Recht tadeln.

In dieser Hinsicht haben wir jedoch gerade in diesen Tagen recht häufige Erfahrungen machen müssen. Die Art, wie das „Proletariat“, das Organ der französischen Possibilisten, und „Justice“, das Organ der Socialdemokratischen Föderation, die Polemik über den Internationalen Kongress führen, ist genau das Gegenstück von ehrlich und loyal.

Das „Proletariat“ hat uns wiederholt in der gehässigsten Weise angegriffen und verächtlich, sich aber geistlich gehütet, auch nur ein einzigesmal uns zu zitieren, bzw. richtig zu zitieren, denn an falschen Zitaten hat es das Blatt allerdings nicht fehlen lassen. „Justice“ ist in dieser Hinsicht vorzüglich gewesen, aber sie hat dem Treiben der Possibilisten und des „Proletariat“ in jeder Weise Vorschub geleistet, die Teilnehmer an der Haager Konferenz verächtlich, wo sie nur konnte. Und jetzt, wo sie es dahin gebracht, daß die nichtpossibilistischen Sozialisten gezwungen sind, selbständig vorzugehen, jetzt sehen sich „Justice“ und „Proletariat“ wie auf Verabredung auf das hohe Ross und halten uns moralische Vorlesungen. „Justice“ hat die Stirn, den Teilnehmern der Haager Konferenz — die sie einen „Caucus“ nennt — zuzurufen, sie sollten „vor Scham nachgeben“, und die wahrhaft besänftliche Aufrichtigkeit, hinzuzufügen, daß sie „Justice“, nach beiden Seiten „absolut kein Vorurtheil“ habe. Was das „vorurtheilslose“ Blatt natürlich nicht verhindert, von dem „Freundschaften und wahrhaft sozialistischen“ Ton unserer possibilistischen Genossen in allen ihren öffentlichen Auslassungen“ im wühlenden Gegenstand zu dem „bitteren und willkürlichen Stil der Douthen und ihrer Koterie“ zu erzählen. Wahrscheinlich war es „freundschaftlich und wahrhaft sozialistisch“ von den Possibilisten, daß sie alle Bemühungen der selbständigen Arbeiterparteien, in der Kongressfrage zwischen ihnen und den anderen Sozialisten Frankreichs zu vermitteln, hochmüthig ablehnten.

Und was das „Proletariat“ anbetrifft — vom „Parti Ouvrier“ gar nicht zu reden — so haben wir unsern Lesern die „freundschaftliche und wahrhaft sozialistische“ Art dieses Blattes zur Genüge vorgeführt. Heute haben wir eine weitere Probe.

Wir haben in voriger Nummer ohne jeden Zusatz verächtlich davon Notiz genommen, daß der Beitrag von 5 Franken pro vertretene Sektion, den das possibilistische Komitee vordrückt, nach dem neuen Anruf desselben nur von den französischen Sektionen verlangt wird. Trotz dieser loyalen Abmildigung bekommt es das „Proletariat“ fertig, in einem Artikel „Veste Antwort“ zu schreiben: „Schnell fragt sich der offizielle Revisor des sozialistischen deutschen Papstthums, was sich hinter einer derartigen französischen Grobmuth verhehlt.“

Und der Mensch, der das geschrieben, hat die Stirn, seinen Schimpf-Artikel, in dem auch nicht ein einziger Streitpunkt sachlich erörtert wird, folgendemogen zu schließen: „Wir haben keinen Gesandten an einer Polemik, die der elementarsten Logik ermangelt.“

Was soll man darauf antworten? Nichts! Jedes Wort wäre Verhöhnung. Aber konstataren wollen wir dieses Gebahren zweier Blätter, welche sich als die berufenen Vertreter des Sozialismus ihres Landes aufspielen.

— Ueber die völlig ungeschickliche Art, wie Seitens des Schweiz. Bundesraths in der Russen-Affäre vorgegangen wurde, wird dem St. Galler „Stadt-Anzeiger“ unterm 10. Mai geschrieben:

„Diese Ausweichungen jedem rechtlich denkenden Mann als eine gewaltsame Ersetzung des öffentlichen Rechts erscheinen, auf dessen Schutze auch die Ausgewiesenen, „obwohl“ Russen und Polen, Anspruch zu machen berechtigt sind. In der gegen die Verschwerfschritte eingeleiteten Untersuchung sind alle die sich ergebenden Vollständigkeitsmängel vollständig ignoriert worden. Art. 6 der Züricher Kantonsverfassung lautet:

„Den wegen eines Vergehens oder eines Verbrechens Angeklagten, sowie dem Beschädigten ist Gelegenheit zu geben, allen Verhandlungen, welche vor dem Untersuchungsrichter stattfinden, beizuwohnen, einen Rechtsbeistand zuzuziehen und an die Jengen Fragen zu richten, welche zur Aufklärung der Sache dienen können.“

Keine dieser schützenden Vorkehrungen ist den Ausgewiesenen gestattet worden, und schon aus diesen Gründen — abgesehen von allen anderen, die vielleicht später noch zur Sprache kommen werden — qualifiziert sich das gegen dieselben eingeleitete Verfahren als ein ungeschickliches, als ein Ausnahmeverfahren, für dessen Gestalt die Billigkeit der Polizei maßgebend war, als eine Ersetzung von Recht und Gesetz, wie sie der Monarchie nicht zur Ehre, der Republik jedoch zur Schande gereicht. Die Vorschriften über die Ausstellung von Haftbefehlen, über die Dauer des Untersuchungsverfahrens, über die Vornahme von Hausdurchsuchungen und Konfiskationen kamen nicht zur Geltung. An deren Stelle trat einfach das polizeiliche Ermessen. Einzelne Angeklagte waren fünf und mehr Tage verhaftet, ohne daß sie einvernommen wurden. Aber nicht allein das. Noch mehr! Den Beschuldigten und dem von ihnen bezeichneten Rechtsbeistand wurde die Einsicht in die Akten von dem Untersuchungsbeamten, Polizeihauptmann Fischer, verweigert. Die Gesuche des Anwaltes der Ausgewiesenen um Gestattung der Akteneinsicht an den zürcherischen Regierungsrath und an das eidgenössische Justizdepartement blieben, obwohl bereits seit ihrer Einreichung vier Wochen verlossen sind, unbeantwortet und thatsächlich wurde dem Anwalte die Einsicht in die Akten niemals gekattet.

Den Angeklagten war es infolge dessen unmöglich, Irrthümer, Mißverständnisse oder falsche Anschuldigungen, wie solche in den Akten enthalten sein mögen, zu widerlegen oder richtig zu stellen. Den Angeklagten war keine Gelegenheit geboten, die gegen sie vorliegenden Verdachtsgründe zu entkräften und das zu ihrer Entlastung dienende Beweismaterial beizuschaffen. Einfach wurden Personen, deren Einvernahme die Polizei passand fand, in Abwesenheit der Angeklagten, einvernommen, ihre Aussagen protokolliert und auf diese Weise das Material zusammengebracht, auf welches gestützt der Bundesrath die Ausweisung verhängte. Rein audiat et altera pars*) galt gegenüber den Ausgewiesenen, keine Möglichkeit die möglicherweise von notorischen Feinden gemachten Angaben zu widerlegen, keine Möglichkeit für die Angeklagten, die ihnen zur Last gelegten Vergehen oder Verbrechen zu erklären; den in Untersuchung Gezogenen wurde nicht einmal Mittheilung, weshalb sie in Untersuchung gezogen seien. Recht- und schuldig waren sie der Polizeivillkür überantwortet, der Polizeivillkür ausgeliefert vom Tage der Anhebung der Untersuchung an bis zur Stunde der Ausweisung.

Eine Reihe hoffnungsvoller Existenzen sind durch die Ausweisung aufs Schwerste bedroht. Es ist keineswegs richtig, daß die Ausgewiesenen, wie während der Untersuchung mehrfach behauptet wurde, schreiende, verdächtige Subjekte seien. In Gegentheil waren mehrere der Ausgewiesenen sehr fleißige, von ihren Professoren sehr geachtete Studenten, die ihrem Studium mit größtem Eifer oblagen; zwei von ihnen, welche unmittelbar vor dem Examen stehen, jeden am Ende ihrer Studien ihre Existenz total vernichtet. Von einem dieser beiden schrieb Professor Gaulle am Polytechnikum zu handen der Untersuchungsbehörden, daß er die Ausweisung dieses Studenten, der sich stets durch ein ruhiges Wesen und eifriges Studium auszeichnete, geradezu als ein Unglück für die Wissenschaft betrachte.

— Die Thatfachen, welche durch den Prozeß Desjussieur und Genossen in Bezug auf die Lothspiegelwirtschaft des Ministeriums Veernaert zur öffentlichen Kenntniß gekommen sind, sind so skandalös, daß selbst die Presse der Partei des Ministeriums es aufgeben mußte, dasselbe zu verschleiern. In der That ist die allgemeine Entrüstung über so viel Unfaule. Von den Gräueltaten, die im Laufe des Prozesses ans Tageslicht gezogen werden, stellt das Eine immer das andere an Niedertracht in Schatten. Am bezeichnendsten ist vielleicht die Durchstecherei des Herrn Veernaert mit dem Spiegel Bourbaix. In deutschen bürgerlichen Blättern lesen wir darüber:

„Geradezu unglaublich darf man die Vorgänge nennen, welche sich in diesem Augenblicke bei Gelegenheit des großen Sozialistenprozesses in Mons abspielen. Die Lage hat sich mit einem Male verändert, aus den Angeklagten sind Ankläger geworden, und auf der Anklagebank haben nicht Sozialistenführer, sondern die Hülfen der belgischen Regierung, der Ministerpräsident Veernaert und der Minister des Innern,

*) Auch der andre Theil wurde gehört.

Devolber, Blaz genannt. Die Belastungszeugen, welche der Staatsanwalt gegen die Angeklagten führt, sagen insgesammt zu deren Gunsten aus und belasten bloß die Ankläger. Wohl niemals hat ein politischer Prozeß eine so gründliche Vertauschung der Rollen hervorgerufen. Was man da über die intimen Beziehungen zwischen der Regierung und einer ganzen Reihe von Lothspiegeln hört, übersteigt aber auch Alles, was man selbst von einer in der Wahl der Mittel nicht sehr gewissenhaften Regierung erwarten darf. Es ist jetzt sicher, daß die Regierung nicht allein gewöhnliche Spitzel gedungen hat, welche die Vorgänge im sozialistischen Lager auskundschaften sollten, sondern daß sie deren Agents provokateurs laute und billigte und veranlaßte. Die seitens des Staatsanwalts nicht widersprochene Aussage des Lothspiegels Leonard Bourbaix gibt uns darüber interessante Aufschlüsse, aus denen hervorgeht, daß die Arbeiterunruhen von 1887 zum Theil auf Anstiften der Lothspiegel und unter Mitwirkung der Regierung hervorgerufen wurden. Bourbaix, ein sozialistischer Druckerbesitzer in La Louvière, unternahm nämlich Anfangs Mai eine „Geschäftsreise“ nach Paris im Auftrag der belgischen Regierung. Zweck derselben war die Berleitung des Agitators Alfred Desjussieur zum Betreten des belgischen Bodens und zur Ueberrahme der Führung der damaligen Streikbewegung. Desjussieur, welcher in Bourbaix einen Parteigenossen erblickte, ging auf den Plan ein und billigte ihm von Bourbaix vorgelegtes Manifest, welches die Arbeiter Belgien zur Revolution aufforderte. Dasselbe war in den heftigsten Ausdrücken abgefaßt, enthielt Verleumdungen argster Art gegen den König und die Minister und hatte selbstverständlich den Zweck, Del in das Feuer zu gießen. Nachdem Desjussieur das Manifest gebilligt und die Absicht kundgegeben hatte, am folgenden Tage in Mons zu erscheinen, begab sich Bourbaix auf das Telegraphenamt und sandte an den Leiter der belgischen Staatspolizei, Gautier de Rasse, folgende Depesche: „Komme heute Mitternacht, verständigt Veernaert.“ Wie man sieht, ist der Ton, in welchem der ehrenwerthe Spiegel mit dem ersten Minister verkehrte, ein durchaus familiarer. Er nennt den Ministerpräsidenten kurzweg Veernaert. Am Mitternacht fand thatsächlich die Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Lothspiegel im Ministerium statt. Bourbaix unterbreitete dem Minister das von ihm verfaßte, eben erwähnte Manifest und die Beiden kamen überein, dasselbe mit Stanislaus Loucheur zu unterzeichnen. Am folgenden Tage erschien das Manifest und rief in ganz Belgien die größte Aufregung hervor. Besonders gewaltig war die Entrüstung des Herrn Veernaert, welcher obwohl er wusste, daß das Manifest ein Werk des Lothspiegels Bourbaix war, den Auftrag ertheilte, energisch nach dem Verfasser zu forschen. Es wurde also vor dem Lande eine förmliche Komödie aufgeführt und Herr Veernaert sah ruhig zu, wie zwei Sozialistenführer, nämlich Georges Desjussieur und Sektor Conreur als muthmaßliche Verfasser des Manifestes verhaftet und einige Monate hindurch in Haft gehalten wurden. Selbst als den beiden unschuldig Verhafteten der Hochverrathprozeß gemacht wurde, rückte der Ministerpräsident mit der Wahrheit nicht heraus. Günstlicher Weise wurden Desjussieur und Conreur wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten die beiden Opfer des Lothspiegels Bourbaix vielleicht gar einige Jahre im Zuchthaus gesessen. Erst jetzt erfahren wir, daß Bourbaix der Verfasser und der Ministerpräsident der Mitwisser jenes Manifestes waren.

Selbstverständlich wäre es mehr wie naiv, anzunehmen, daß diese schändlichen Missethater erst in neuer Zeit in Uebung gekommen sind; sind doch noch jedesmal in Belgien, sobald die sozialistische Bewegung einen kräftigen Aufschwung nahm, plötzlich mysteriöse Gestalten aufgetaucht, die unter dem Motto: „Propaganda der That“ Zutritt in die Partei warfen und ihre Agitation durchführten. Und eben dieses Belgien, in dem bezahlte Agenten der Regierung die Arbeiter zu gewaltthätigen Handlungen aufforderten, wurde von dem guten Freund derselben Regierung, Herrn Puttemer, mit pathetischen Worten als warnendes Beispiel hingestellt, was für Justitiae „uns“ in Deutschland bevorstünden, wenn wir“ die Ausnahmegehehe nicht hätten. Die Ordnungsgewaltigen arbeiteten einander nach Gaunerart in die Hände, um die Freiheit der Blicke desto gründlicher abthun zu können.

Das schändliche Spiel ist ihnen verfallen, elend entlarvt stehen die Verbrecher da, der allgemeinen Verachtung preisgegeben.

— Gegen die nichtswürdige Verfügung der Wiener Polizei, wonach die sozialistischen Vereine öffentliche Versammlungen nur abhalten dürfen, wenn sie vorher eine Liste der Gäste der Polizei zur Kontrolle eingereicht, hat am 12. Mai der politische Verein „Wahrheit“ eine öffentliche Protestversammlung in den „Schneiber“ Volkshäusern abgehalten. Auch wenn in der Versammlung kein Wort gesprochen worden wäre, wäre sie ein lauter Protest gegen die blödsinnige Polizeimahregel gewesen, denn mehr als 4000 Wiener Arbeiter, darunter mehrere hundert Frauen, waren der Einladung des Vereins gefolgt und hatten sich als Gäste für die Versammlung angemeldet, so daß die Polizei angeht die physischen Unmöglichkeit, die Kontrolle zu lösen, diese freiwillig fallen ließ. Der Verlauf der Versammlung war ein glänzender, die Ansprachen der Genossen Polony (Referent), Adler, Kautsky, Ulrich und Veder wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, der Protest mit Einmüthigkeit von der Versammlung ratifiziert.

Aber auch die Polizei ratifizierte den Protest: unterm 15. Mai verfügte sie, daß die Thätigkeit des politischen Vereins „Wahrheit“, weil derselbe „eine agitatorische Thätigkeit im sozialistischen Sinne entwickelt, welche geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und die gesellschaftliche Ordnung zu gefährden“, auf Grund der Ausnahmeverfügung gegen den Anarchismus „bis auf Weiteres eingestelt“ sei.

Was ist größer: die Infamie oder die — Weisheit?

— In einer am 13. Mai im alten Schützenhause in Zürich abgehaltenen, äußerst zahlreich besuchten Protestversammlung, in der Genosse O. Lang präsidirte, und die Genossen E. Büllichlegel (Redakteur des Basler „Arbeiterfreund“) und W. E. referirten, — der Erstere über die Affäre Wohlgerath-Luz, der Letztere über die Russen-Ausweisung — wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige, 800 Mann starke Versammlung im alten Schützenhause, legt Protest ein gegen die Ausweisung des Genossen Luz, sowie gegen die Ausweisung derjenigen russischen Staatsangehörigen, die lediglich wegen ihrer politischen Anschauungen des Landes verwiesen werden und damit ein Geschick erleben, das sie nicht einmal in Deutschland zu erdulden gehabt hätten. Sie erkennt in diesen Ausweisungen einen Akt gefährlicher Nachgiebigkeit gegenüber monarchischen Regierungen, eine Preisgabe ruhmwürdiger Schweizerischer Uebereinstimmungen, die sich nicht veröhnen läßt mit dem Freiheitsgefühl des sozialistisch gesinnten Volkes. Die Versammlung findet in diesen Vorgängen einen neuen Beweis für die Nothwendigkeit, Ausweisungen nicht in's Belieben des politisch abhängigen und gebundenen Bundesrathes zu stellen, sondern ihnen ein richterliches Verfahren vorgehen zu lassen, damit eine Ausweisung nur auf Grund eines unparteiischen richterlichen Spruches erfolgen kann.“

In derselben Versammlung wurden am Schluß zwei junge Deutsche, die sich in auffälliger Weise bemerkbar gemacht, als Spitzel bezeichnet; es sind dies der Weber Eduard Waack von Widdelsdorf bei Gera, und der Kaufmann Karl Mollack aus Soldin bei Frankfurt a. O. Nachdem sie in ein nahegelegenes Lokal geküßt, wurden sie von der Polizei hinführt, mußten aber, da keine Beweise gegen sie vorlagen, wieder freigelassen werden; beide behaupteten vielmehr, sie wären Sozialdemokraten zu sein. Sie waren von Basel her, wo sie sich im deutschen Arbeiterverein bewegten und dort Verhaftet erregt hatten, nach Zürich signalisirt worden.

„Es ist ja möglich“, schreibt der Basler „Arbeiterfreund“, daß die Leute unschuldig sind; wir sind überhaupt der Uebereinstimmung, daß man schon wiederholt unschuldige der Spitzel verdächtigt hat. Aber ohne äußere Ursache wurde noch selten ein solcher Verdacht ausgesprochen; in der Regel gaben die Betreffenden durch auffälliges Benehmen, ungewöhnliche Gelbansagen und dergleichen Anlaß dazu. Für dieses, in einzelnen Fällen vielleicht zu weitgehende, Mißtrauen aber die Sozialdemokraten zu verportet und zu begreifen, wie es die „Allg. Schweiz. Zeitung“ in ihrer neuesten Nummer thut, ist eine Gemeinheit. Das Mißtrauen ist eben eine begriffliche Folge des politischen Spitzelhums. Wer jenes nicht will, der muß dieses — das Spitzelhumb — bekämpfen.“

VV Aus Frankreich wird uns geschrieben:

Die kapitalistische Presse hatte in den letzten Wochen wieder einmal Gelegenheit, sich gründlich darüber zu ärgern, daß die Sozialisten keine Gelegenheiten verabsäumen, ihren Einfluß weiter auszuweiten. ...

Nach dem gleichen Motto ist auch eine vom Präsidenten auf den Bericht des Handelsministers Vives Guynet hin erlassene Verordnung fertig, welche alle Geleise und Verordnungen gegen gesundheitsgefährliche und übermäßige Frauen- und Kinderarbeit ...

Seitdem der freihändlerische Schönredner Vives Guynet Handelsminister geworden, blüht dem Manchestertum der schäufte Altkamerad ...

— Zum Boycott wider die Boycotter. Ein Genosse schreibt uns: Es ist eine Schmach und muß als solche von jedem Genossen ...

Das muß anders werden. Rücksichtslos muß gegen solche Wirthe vorgegangen werden. Sie müssen gekündigt werden ...

Ein Wirth steht im Dienst der Allgemeinheit und hat dieser ohne Rücksicht der Partei zu dienen. Wenn er keine Stimme gibt, das geht niemanden was an ...

Wir werden bei allen Gelegenheiten boycottirt, bei Kanalarbeiten, bei Lieferungen für Staat und Kommune ...

Die Sozialisten in ihrer großen Masse können gewaltig wirken, wenn sie nur wollen; die Feinde müssen zittern ...

Man überschätzt uns mit Prozessen, ihnen wir dasselbe. Wo ein Geschäftsmann, ein Wirth oder sonst jemand, uns öffentlich beschimpft ...

Die Genossen müssen aber sehr vorsichtig in Mahnen des ihnen gesetzlich Zuhilfenahme zu Werke gehen. Sie müssen immer bloß einzelne Geschäftsleute herausgreifen ...

— Väterliche Fürsorge. Die Deputation der streikenden westfälischen Bergleute ist, wie die „Westf. Volksztg.“ erfährt, in Berlin auf Schritt und Tritt von Geheimpolizisten beobachtet worden ...

— Von der Zweig-Sektion der Sozial Democratic Federation in Battersea (Südwest-London) geht uns unterm 17. Mai folgende Resolution zur Veröffentlichung zu:

— In einer Versammlung in Sidney-Hall wurde nach einem Vortrage von John Burns von 400 Arbeitern die nachstehende Resolution einstimmig beschlossen:

— Die Versammlung brückt den im Kampf gegen die Macht des Kapitals befindlichen deutschen Bergarbeitern ihre Sympathie aus und hofft, daß ihre vereinten Anstrengungen bessere Lebensbedingungen für ihre Klasse zustande bringen mögen.

Im Auftrag: Harry W. Rogers, Ehren-Sekretär.

— Schutzzoll und nationale Ausbeutung. In diesem Lande produzieren 1048 Mann 4500 Tonnen Bessener Stahl per Woche, oder 4,3 Tonnen per Mann ...

— Die vorstehende Notiz, schreibt das „Philad. Tageblatt“, ist der hiesigen schutzvölleren Presse entnommen. Es geht aus ihr hervor, daß der amerikanische Arbeiter im Verhältnis zum Produkt weniger Lohn erhält als der englische ...

— Einige Zahlen aus dem letzten veröffentlichten Jahresbericht der sächsischen Fabrik-Inspektoren für 1888 werden in der deutschen Arbeiterpresse mit Recht als charakteristisch für die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz bezeichnet ...

— Da der jährliche Zuwachs der Bevölkerung in Deutschland zur Zeit 1 Prozent wenig übersteigt, so geht aus den obigen Ziffern zunächst eine das Durchschnittsverhältnis überschreitende Vermehrung der Fabrikarbeiter ...

— Mit beidemem Spott kommentirt der Sonntagspolauerer der „Nürtinger Post“ die väterliche Schicksrede des Hohenollernkassers: „Wenn die Fürsten Europa's“, schreibt er, nicht an die Revolution von 1789 erinnert sein wollen ...

Korrespondenzen.

— Aus Mitteldeutschland. Die Vorbereitungen zur nächsten Reichstagswahl werden jetzt im ganzen Reiche getroffen. Die Genossen sind überall bekräftigt, um bei der nächsten Wahl einen Sieg zu erringen ...

— Jeder weiß, daß von diesen Wahlen das fernere Bleiben des Bismarck abhängt; da er absolut keine Lust hat, aufs Regieren zu verzichten, so wird er zu allen Mitteln greifen, um sich den Sieg zu sichern ...

— Erstens wird der „Krieg in Sicht“ seine Rolle wieder spielen, vielleicht auch ein Aumerform mobil gemacht, um besser zu wirken. Um die Wirkung zu verhindern, muß schon jetzt in allen Flugblättern, an allen Tischen und in allen Fabriken darauf aufmerksam gemacht werden ...

— Zweitens muß man in allen Kreisen bekannt geben, daß, wenn alle Städte reisen, irgend ein Jhring-Wahltag — ohne irgend eine unüberlegliche Person zu verletzen — ein Paar Pfund Dynamit um irgend einem Schloße, an irgend einer Kaserne anzubringen kann, um die Masse zu verwirren und damit sie jede Gewaltthat der Bismarcke als einen „Segen“ für's Vaterland betrachten soll ...

Stuh aus dem Stalle holen, gefügt machen und Gegenmittel bereit halten. Kurzum, wir müssen uns auf alle erdenklichen Kniffe, Schellen- und Schurkenstücke der Gegner gefaßt machen ...

Warnung.

Wir warnen hiermit vor dem Schriftsteller Karl Braun aus Leipzig, (Mitglied des U. V. D. V.), welcher sich als Parteigenosse aufspielt. Derselbe hat, nachdem er aus einer hiesigen Druckerei wegen periodischer Krankheiten und gänzlicher Unzuverlässigkeit entlassen worden war ...

Briefkasten.

— der Expedition: Vn. M. Benevento: In Nr. 20 irrig mitgeteilt ist heute richtig gestellt. — Anvers: Br. v. 13/5 u. Fr. 17.50 u. Gto. Ab. x. erh. Bf. Weileres. — Rother Hans: Nr. 70. — a. Gto. Ab. x. erh. Nota u. Billig. folgt. „Brutus“ ist längst vergriffen. — Claudius: Nachr. v. 13/5 erh. Besseres erwartet. — D. rthe. Peter: Schrift. allerdings abgeq. Ab. notirt. Bf. mehr. — Pionel: Ab. geordnet. Nota folgt. Weileres beachtet. — Schlafhaube: Nr. 60, 50 u. Gto. Ab. x. erh. Warum an diese Adresse Geld? Ist nur für Bf. Weileres bfl. — Utopia: Antw. unterbllie, weil wir annehmen, daß Sie sich direkt Ihres Anliegen dorten erledigen wollten ...

— Brmsig: Nr. 3 Abon. 2. Du. erh. — schrag. Jrd.: Fr. 1.50 Ab. 2. Du. u. Fr. 1.50 Ab. 1. Du. per B. erh. — „Schilbergrüniger“ in Ulten: Fr. 2b. — lfd. u. Fr. 13.20 Ab. v. 1889 bl. erh. — „Loran“: Nr. 4.40 Ab. 2. Du. erh. — Jhr. Frhng.: Nr. 5. — Ab. Was. Juni und 3. Du. erh. per B. — Mitgliedschaft Basel: Fr. 51. — Ab. 1. Du. erhalten. — Tägliches Ziel: Fr. 5. — a. Gto. per B. erh. —

Für die gemaktesen Tramwaywähler v. Pass. Alg. Benevento: Fr. 2. — lfd. erh.

Von den Genossen in München Nr. 59. — für die gemaktesen Tramwaywähler in Wien erhalten zu haben, bekümmert hiermit besten dankend Die Redaktion der „Gleichheit“

Durch Unterzeichnete zu beziehen: Rathschläge für die sozialistische Agitation. Preis 30 Cts. = 25 Pf. = 3 Bc.

Thesen über den Sozialismus. Sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. Von J. Stern. Preis pro Exemplar 25 Pf. = 30 Cts.

Vorwärts! Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk. Preis brochirt Nr. 2 40. Fr. 3. — 25. 2 5.

German Cooperative Publishing Co. 114 Kentish Town Road, London N. W.